

Je Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
regelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., nachst. Zustellungs-
stellen. Bestellungen werden von allen
Zeitschriftenverlagen angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter 'Saale-Zeitung' eingetragen.
Alle unentgeltlich eingehende Manuskripte
werden ohne Rücksicht abgenommen.
Rücksendung nur mit Zusendungs-
schein. 'Saale-Z.' gratis.
Verleger der Redaktion Str. 11/16
Geschäftsbüro: 17, Weinbergstraße
Weim. Tel. Nr. 2066.

Saale-Zeitung.

Grundbesitziges Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder beim
Raum mit 30 Wp., solche am Falle mit
30 Wp. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von anderen Anzeigen-
stellen und allen Anzeigen-Verzeichnissen an-
genommen. Bekanntes die Seite 75 Wp.
Erachtet unentgeltlich postfällig;
Sonntags und Feiertagen einmahl,
jezt zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, G. Brandenburger 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 427.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 12. September

1907.

Zum Staatskampf gegen die amerikanischen Trusts.

Die Erhaltung des freien Wettbewerbs ist das Wesen des
Freihandels. Wer ihn will, muß auch gegen Monopole
sein, selbst wenn sie dem Boden der Gewerbefreiheit
entspringen sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Händen
des Staates oder von Privatleuten sind! Technische Fort-
schritte, die allerdings zum Teil durch die unumfängliche
Konzentration der Betriebe ermöglicht werden, dürfen nicht
daranüber täuschen, daß wenn einmal die Kleinrentierhaft in
einem Geschäftsgebiete erreicht ist, die Verwaltung sich der
Strenge nicht mehr widersetzt, sondern die Verbesserungen
überhaupt glaubt, die nicht ihr, sondern dem Publikum
überhaupt zugute kommen. Die Geschichte der
Monopole ist reich an solchen Beispielen. Die Vereinigten
Staaten haben den ausländischen Wettbewerb durch ihre
Schutzpolitik aus geschlossen, die inländischen
haben sie in unbedingtester Freiheit gewähren lassen:
ein eigenartiges Mischverhältnis. Sein Ergebnis
sind die Trusts, Gebilde, die die Vereinigten Staaten jetzt
als einen Fluß für ihr gewerbliches Leben empfinden.
Und im Kampfe für die wahre Gewerbefreiheit, für den er
seinen ganzen Einfluß aufzubietet, wird Roosevelt siegen oder
fallen.

Die Trusts haben in vielen Gewerbszweigen die Freiheit
völlig illusorisch gemacht. Nicht nur das Emporwachen
jüngere, also vorläufig wirtschaftlich schwächerer Konkurrenten
haben sie mit Erfolg verhindert, sondern auch in zahllosen
Fällen älteren, gut verstandenen Unternehmungen die
Wüste auf die Brust gelegt und sie zugrunde gerichtet oder
zum Aufschwung gezwungen. Modelle kann erzählen, wie
man sie zu verderben weiß: geheime Frachtabatte auf
den Eisenbahnen sind eines seiner probatesten Mittel gewesen.
Jetzt sind sie zwar verboten, aber der sensationelle Prozeß,
in dem die Standard-Oil-Company von Indiana zu 291/2 Mill.
Dollar Strafe verurteilt worden ist, beweist, daß der Umgang
noch fortwährt. Wo dies nicht angebracht ist, unter-
scheidet der Trust den Konkurrenten mit eigenen Augen so
lange, bis ihm der Atem ausgeht; was er vorübergehend
eingelassen hat, muß das Publikum dann in Monopolpreisen
erleben. Hunderte von Trusts sind auf solche Weise zu einer
Macht gelangt, die dem laienhaften Publikum die Blicke
blenden kann. Auch der Arbeiterkampf steht natürlich einem
einigen, allgegenwärtigen Unternehmen weit ungünstiger
gegenüber als einer Vielzahl. Wie übermächtig diese Bildungen
dahin, sieht man daraus, daß die um Modelle für typifizierte
Gruppe von im ganzen elf Personen Unternehmungen „kon-
trolliert“, die ein Gesamtvermögen von 5200 Millionen Dollar
(22 Milliarden Mark) darstellen. An die Standard-Oil-
Company hat sich längst ein ganzer Komplex von Privat-
monopolen angegliedert, in dem die Eisenbahnen beinahe
die Hälfte ausmachen. Die Höhe des gesamten von den
Trusts beherrschten Kapitals wird auf 100 Milliarden Mark
geschätzt.

Wenigstens einem Teile dieser Riesengebilde könnte
durch ein einfaches Mittel, die Besteuerung oder wenigstens
Herabsetzung der Schutzzölle, ein Ende bereitet werden,
aber allerdings eben nur einem Teile, weil z. B. der
Petroleum-, der Fleisch-, die Eisenbahnen auch dann
von ausländischer Konkurrenz nicht bedroht werden würden.
Aber auch die Feindschaft gegen die Trusts kann die Liebe
des amerikanischen Volkes zum Schutzzoll nicht erschüttern.
Präsident Roosevelt muß daher auf andere Weise versuchen,
den Trusts beizukommen. Die Eisenbahnen leisten
nicht nur den Industrietrusts ihre Hilfe, sie weisen auch in
ihrem eigenen finanziellen Gebahren so viel schreiende
Unbilligkeit auf, daß ein staatliches Eingreifen auf die
Dauer nicht zu umgehen ist. Der Präsident verfährt
demnach auch bei mehr als einer Gelegenheit, daß nicht die
Trusts an sich vernichtet und noch weniger die Affoziation
des Kapitals verhindert werden sollte, vielmehr seine zur
Herrschschaft gelangten Bildungen gezwungen werden sollten,
im allgemeinen Interesse zu arbeiten.

Eins muß man vor allem im Auge behalten: Mit der
fortschreitenden Macht der Trusts rückt die Situation nahe,
wo die auf Individualismus und Privatwirtschaft ge-
gründete gesellschaftliche Ordnung dem Anstrome des
Sozialismus weicht. Wenn es möglich ist, die Mono-
polisierung so weit zurückzuführen, daß die Trusts auf der
ganzen Linie liegen, wird durch das Verlangen immer fürnehm-
licher werden, daß sie zum allgemeinen Besten veraltet werden
sollen, nicht aber, um einige Duzend Milliarden zu
säulen, die jegliche wirtschaftliche Selbständigkeit ver-
drängen.

Deutsches Reich.

Dolz- und Personalnachrichten.

Die Hochzeit des Grafen Dobo zu Jura und Rupp-
bauer, des Sohnes des Sachsenverwalters, mit der
Gräfin Wisnarsz-Wolken wird am 10. Oktober in Karlsruhe
stattfinden.

Die Kaiserinmutter.

Die blaue Partei, am Dienstag auf der ganzen Linie zurück-
gegangen, hatte, nachdem noch nachmittags mehrere Gerüchte statt-
gefunden hatten, abends Stellung ähnlich von Waburg mit der
abnehmenden und hand mit der Front gegen Süden, dem Ge-
schicklich die gegenüber, mit dem Zentrum der Bedrohungen. Es
 gelang der roten Partei auch am Mittwoch, die blaue Partei

überall auf Waburg zurückzuführen. Der Kampf begann zeitlich,
doch waren beide Parteien lange Zeit durch die roten Rebell aus-
geblendet. Später war das Wetter sehr schön. Der Kaiser traf
mit Automobil von Wilhelmshöhe im Gelände ein, während die
Wandergäste mit einem Sonderzug anlangten. Gegen 10 Uhr
war das Manöver für beendet erklärt. Der Kaiser hielt die
Reise ab und kehrte Johann nach Wilhelmshöhe zurück.
Der „Saale-Anzeiger“ veröffentlicht eine große Anzahl anläßlich
der diesjährigen großen Herbstübungen verschiedener Aus-
stellungen. Den Schwarzen Adlerorden erhielten General der
Kavallerie v. Stüauner, Kommandeurer General des
X. Armeekorps und General der Kavallerie Fiedr. v. Vilsung,
Kommandeurer General des VII. Armeekorps. Das Groß-
kreuz zum Roten Adlerorden mit Eichenlaub und mit der König-
lichen Krone erhielt General der Infanterie v. Wolff.
Generaladjutant und Chef des Generalstabes der Armee. Die
Königliche Krone zum Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub
und Stern erhielt Generalleutnant v. Trechow, Infanterie
der zweiten Kavallerieinfanterie. Den Stern zum Roten
Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub erhielt General-
leutnant Fiedr. v. Lyncker, Kommandeurer der 19. Division;
Generalleutnant v. Fichtenberg v. Raditzki, Chef des
Militärattachés; Generalleutnant Fiedr. v. Pletten-
berg, Kommandeurer der 22. Division; Generalleutnant
Fiedr. von und zu Gelfothen, Kommandeurer der 20. Division;
Generalleutnant v. Falkenhayn, Infanterie der dritten
Kavallerieinfanterie; Generalleutnant v. Fiedr. v. Gumbert,
Kommandeurer der 13. Division und Generalleutnant v. Fiedr.
Kommandeurer der 14. Division. Den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichen-
laub erhielten die Generalmajor v. Walsan, Kommandeurer der
37. Infanteriebrigade; von Sande, Kommandeurer der
34. Infanteriebrigade; Nath, Kommandeurer der
48. Infanteriebrigade; v. Nowakow, Kommandeurer der 33.
Infanteriebrigade; v. Plettenberg, Kommandeurer der 26. Infanterie-
brigade; v. Grefe, Kommandeurer der 19. Infanteriebrigade;
v. Zimmermann, Kommandeurer der 19. Infanteriebrigade;
v. Plettenberg, Direktor des Armeeverwaltungsdepartements im
Kriegsministerium und Generalmajor v. Fiedr. v. Toll,
Kommandant des Truppenübungsplatzes Senne. Den Stern
zum Roten Adlerorden zweiter Klasse erhielten die Generalleutnant
v. D. v. Krause in Göttingen, zuletzt Kommandeurer der
11. Infanteriebrigade und v. Grefe in Kassel, zuletzt
Kommandeurer der 48. Infanteriebrigade.

Morona.

Nach telegraphischer Meldung des Gouverneurs von Südwest-
afrika befindet sich Morona mit zwölf Kisten und acht Ge-
wehren in der Gegend und hat im Nama-Land die
Wunderworte bekommen. Der Gouverneur ließ
Morona daraufhin mitteilen, daß er bereit sei, die Unter-
werfung anzunehmen, falls Morona die Waffen absetze und
sich selbst im Lande zu leben verspreche. Zur er dies, so werde er
wegen seiner Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen
werden. Die Möglichkeit zum Leben werde ihm durch Vieh-
haltung gegeben. Die Verhandlungen sind noch nicht zum
Abschluss gelangt.

Das Vorbild zum Offener Parteitag.

Mit dem früheren sozialdemokratischen Abg. v. Elm, der für
den Offener Parteitag eine Unterredung gegen sich wegen des
Vorwurfs, die Parteiprinzipien verraten zu haben, beantragt hat,
ging eine Vernehmung von Metallern des sozialdemokratischen
Parteiverbandes in Hamburg außerordentlich stark ins Gericht.
Der Vorliegende der Verhandlung, Max Vorländer, erklärte, Ems
Gewinnungen auf die Kritik seiner der Anstellungen der
Konventionen feindlichen Haltung auf dem Genossenschaftstage
in Düsseldorf seien „Kloppschere“. Den „Gabel der
Hilfsarbeit“ habe er erreicht mit seiner Behandlung, der
Sonderausstellung habe verbannt seine Einnahmen den Konsum-
verweilen. Ein Kampfbild könne man parlamentarisch
überhaupt nicht zu erreichen sein. Schließlich wurde
die einstimmige Resolution gefaßt, durch die die Vernehmung die
Verhandlung aufheben, dem Herr v. Elm und
Scharfmann, wo es sich in den Verhandlungen der
Konventionen zeige, unter Anwendung jedes geeigneten Mittels
entgegenzutreten.

Der Streikparagrah in Basel.

Die Volksabstimmung im schweizerischen Kanton Basel-Stadt
über den Streikparagrah hat die Ablehnung des von
sozialdemokratischer Seite gestellten Antrages auf Abschaffung
dieses Paragrahens bekräftigt. Er ist bedeutend härter als
die entsprechende Bestimmung der deutschen Gewerbeordnung
und lautet:
„Wer andere durch Zwang, Drohung, Ehrverletzung oder
Verächtlichmachung zwingt, über sich bestimmte Arbeiten, an-
zuwenden, um Besuche der Erlaubnis anfertigen, Lohn-
und Arbeitsbedingungen, besonders durch Einstellung der
Arbeit oder Entlassung von Arbeitern, teilzunehmen, ebenso
wer durch solche Mittel andere hindert oder zu hindern ver-
sucht, von solchen Verbindungen zurückzutreten, wird mit Haft
bestraft.“
Der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung des Streik-
paragrahens hatte 228 Stimmen gefunden; aber diese Ziffer
wurde bei der am Sonntag stattgefundenen Volksabstimmung nicht
einmal erreicht, für den Antrag stimmten nur 809, während die
bürgerlichen Parteien zur Verwerfung des Antrages es auf 7892
Stimmen brachten. Dieser Ausgang verleiht den „Vorwärts“
in gelinde Mädel: er bezeichnet die Volksabstimmung als
Rückentwicklung der staatlichen Moral der Gewerbeordnung
der Behörden und des Staates.

Der Mieterbund Groß-Berlin.

wurde Dienstag abend in einer Delegiertenversammlung der Mieter-
vereine von Berlin, Charlottenburg, Steglitz, Prenzlau, Weißensee
und Waldmannsluft gegründet. Anloß dazu bot der vom 28. bis
30. September 1907 in Steglitz tagende achte Verbandstag
deutscher Mietervereine. Der Bund bedeutet eine engere
Organisation zwischen den einzelnen Vereinen, Verschmelzung
der verschiedenen Mieterzeigungen, Wohnungsreform und Ver-
gründung neuer Vereine.

Parteinachrichten.

— Zum bevollmächtigten Parteivater der rechtslinken
Volkspartei wird gewählt, daß der Verein der freistimmigen

Volkspartei in Hamburg beschloffen hat, dem Parteitag den
Wunsch zu unterbreiten, daß die Verhandlungen öffentlich geführt
werden. Ein ähnlicher sonderbarer Antrag ist auch vom Wahl-
verein Charlottenburg gestellt worden.

Schulwesen.

Der Deutsche Gymnasialverein wird seine
Generalversammlung dieses Jahr in W. Montag den
28. September, am Montag, der ebenfalls dort statt-
findenden Verammlung Deutscher Philologen und Schulmänner,
abhalten. Hauptgegenstand der Beratung wird die Frage sein,
welche Grenzen der Generalisierung und welche der
Individualisierung bei Schülern höherer Schulen zu ziehen
sind.

See- und Flott.

— Kaiserliche Marine. Der beschriebene Transport
der von „Husar“ und „Seeadler“ abgelassen Befehlungen ist
mit dem Dampfschiff „Prinzessin“ am 11. September in
Dover eingetroffen und nach Wiltshire weitergegangen. „Tiger“
ist am 10. September in Canton eingetroffen. „Sittich“ ist am
11. September in Canton eingetroffen und geht am 12. Sept.
von dort nach Wuhu ab. „Vorwärts“ ist am 11. Sept.
in Hongkong eingetroffen.

S. Deutscher Handwerks- und Gewerbeamtstag.

Hg. Straßburg, G., 11. Sept.
Bei Beginn der heutigen Sitzung wird noch zu dem gestern
erfolgten Punkt: „Die Vergebung öffentlicher Lieferungen und
Arbeiten an Handwerkerbetriebe“ ein Antrag, der über-
sehen worden war, zur Abstimmung gebracht und angenommen.
Er lautet: „Der S. Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag
beschließt, den Ausschuss zu beauftragen, Grundzüge darüber aus-
zuarbeiten, wie die öffentlichen des Handwerks gegenüber
den Behörden, die ihnen Arbeiten zur Verfertigung übertragen,
die beste Gewähr für eine und rechtzeitige Lieferung über-
nehmen können.“ — Sodann wird zum letzten Punkt der heutigen
Tagesordnung übergegangen. Er betrifft den

Gelehwert zur Sicherung der Bauforderungen.

Beichtersatter Vorlesungsdokument legt hierzu namens der
Handwerkskammer Dortmund folgenden Antrag vor:

„Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag erachtet
den vorliegenden Entwurf des Gesetzes zur Sicherung der
Bauforderungen im allgemeinen als eine denkbare Grundlage
zum Entwurf in seines gegenwärtigen Gestalt. Die Bestimmungen
vor dem 1905 veröffentlichten voran hat. Doch hält er
weitere Änderungen zur Erzielung eines wirksamen
Schutzes der Bauforderungen für möglich und notwendig.
Insbesondere ist seines Erachtens die Verwirklichung nach-
stehender Forderungen hinsichtlich geordnet:
1. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag stellt
die in den Kreisen der Sachverständigen neuerdings stark
betonten Bedenken gegen die durch § 4 des Entwurfs gebotene
unbedingte Möglichkeit zur Umgehung des Gesetzes sowie gegen
die durch die Ausnahme begünstigte Ausgestaltung der
mittleren und kleineren Bauvertragsverhältnisse. Er hält daher
die Vorsehung dieser Hinsicht für unbedingt notwendig.
2. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag erachtet
in dem Umfange, daß der Vorrang der Bauvertrags-
hypothek (§ 22) ohne Rücksicht darauf eintritt, ob eine Besen-
teiligung des zur Verfertigung verpflichteten Bauvertrags
gegenüber den Bauunternehmer und wünscht, daß der Vorrang
des Bauvertrags vor der gleichartigen Verfertigung der Bau-
gläubiger pro rata ihrer Leistungen abgänzlich gemacht wird.
3. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag erachtet
mit Rücksicht auf die einschneidenden Wirkungen dieses Gesetzes
in wirtschaftlicher Hinsicht vor der landesberühmten Verord-
nung, durch welche die Geltung des Gesetzes für einen Ge-
werbetreibenden eingeschränkt wird, die Ausübung der autän-
digen Bauvertragsform über die Rechtsfrage als ein dringendes
Erfordernis.“

Konkurrenz Bauvertragsverhältnisse.

Burgard (Götha) behauptet
Eingehlichkeit bezüglich der Ausübung des Gesetzes. § 11
stehe die Gefahr vor, daß durch die vielen Eingehlichkeiten
die Verlust eingeleistet werden könnte. Er stellt folgenden Er-
gänzungsantrag:

1. Der S. Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag hält
es für wünschenswert, daß in der Gelehwert außer den
Bauunternehmer auch Ertragsbauern aufgenommen werden.
2. Der S. Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag hält
es für notwendig, daß die Fassung des § 11 vereinfacht und
der Schutz der Bauunternehmer soweit eingeschränkt wird, als
Drittgläubiger vorhanden sind.

Deutscher Vätertag.

I.
Sonnabend, 10. September.

Heute nachmittag trat hier die Vertreterversammlung der Ver-
einigung preussischer Vätervereine zur Beratung zusammen.
Die der Vereinigung angehörenden 18 Vereine Berlin, Wandens-
burg, Hannover, Lübeck, Hannover reformiert, Kassel, Nassau,
Oldenburg, Pommern, Mecklenburg, Pommern, Provinz Sachsen,
Westfalen. Die Teilnehmer waren sämtlich durch 30 Vertreter mit
70 Stimmen vertreten.
Der Vorsitzende der Vereinigung, Pastor D. Fick-Worland-
Pommern, eröffnete die Versammlung mit Gebet und schloß
dann den Jahresbericht. Im Anschluß daran brachte Fick-
Worland das Bericht über die Tätigkeit der Vereinigung der
Stellungsberatung in Aussicht genommen sei, durch welche eine

Vertretung des Geschäftsin im Interesse des Dienstes

auch wider ihren Willen ermöglicht werden solle. Nach Informa-
tion am möglichen Stelle sei das Geschäft fallig und es de-
antrag namens des engeren Vorstandes folgende Entschließung:
„Wir haben das Vertrauen zu unserem Reichsgenossen, daß
es in Zusammenhang mit der bevorstehenden Geschäftsverhandlung
der Geschäftsin eine Geschäftsbesorgung betreffende Vertretung im
Interesse des Dienstes wider den Willen des betreffenden
Geschäftsin nicht, wie die Setzungen berichtet haben, einbringen,
noch, wenn sie von anderer Seite eingedrängt würde, aus-
bleiben wird.“

